Kleine Anfrage

der Abgeordneten Maurer (DIE LINKE)

und

Antwort

des Thüringer Finanzministeriums

Reform der Grundsteuer in Thüringen: Grundsteuer Typ B

Infolge der Reform der Grundsteuer ergeben sich erste Nachfragen zu deren Aufkommen. Die Neubewertung der Grundstücke lässt vor dem Hintergrund der Aufkommensneutralität offen, ob es innerhalb der Grundsteuer B zu einer Verschiebung des Aufkommens kommen kann.

Das **Thüringer Finanzministerium** hat die **Kleine Anfrage 7/5805** vom 15. März 2024 namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. April 2024 beantwortet:

1. Wird es nach Einschätzung der Landesregierung eine Verschiebung innerhalb der Grundsteuer geben, sodass Wohnimmobilien in der Summe höher belastet werden als Gewerbeimmobilien im Vergleich zur vorherigen Systematik?

Antwort:

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Gewerbeimmobilien weder eine Grundstücksart im Sinne des neuen Bewertungsgesetzes noch eine Grundstückshauptgruppe nach alter Rechtslage darstellen.

Sofern hier auf einen Vergleich von Geschäftsgrundstücken zu Wohngrundstücken abgestellt wird, ist anzumerken, dass die Landesregierung seit Mitte Februar 2024 konkrete Anhaltspunkte dafür hat, dass es zu entsprechenden Belastungsverschiebungen bei Geschäfts- und Wohngrundstücken kommen kann.

2. Wenn es zu einer Verschiebung im Sinne der Frage 1 kommt, welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, diese wieder zu ändern?

Antwort:

Gegenwärtig besteht für die Landesregierung aus verfahrensrechtlichen Gründen keine Möglichkeit, auf eine solche Belastungsverschiebung mit Wirkung ab dem Jahr 2025 einzuwirken; es sind bereits hunderttausende Grundsteuer-Messbescheide ergangen, die wegen Eintritts der Bestandskraft in Bezug auf die Steuermesszahl nicht mehr änderbar sind.

Hierbei ist auch zu beachten, dass die Steuermesszahlen - anders als die kommunalen Hebesätze - nicht dafür geeignet sind, zielgenau auf die Höhe der Grundsteuer einzuwirken; sie können sich im Gegensatz zu den kommunalen Hebesätzen gerade nicht an den örtlichen Verhältnissen orientieren. Ob in einer Kommune ganz überwiegend Wohnbebauung vorherrscht oder zum Beispiel ein großes Industriegebiet vorhanden ist, kann mit den überregional geltenden Steuermesszahlen nicht zielgenau berücksichtigt werden. Deshalb würde eine Anpassung von Steuermesszahlen nicht dazu führen, örtlich

begrenzte Belastungsverschiebungen wirksam abzufangen. Das war auch der Hauptgrund für die Landesregierung, von der Einführung landesspezifischer Steuermesszahlen abzusehen.

Wesentlich wirksamer erscheint die Einführung differenzierter Hebesätze bei der Grundsteuer B. Denn dann könnte jede Gemeinde in Abhängigkeit von den konkreten lokalen Verhältnissen zum Beispiel jeweils einen Hebesatz für die Wohngrundstücke und einen weiteren Hebesatz für die Nichtwohngrundstücke einführen. Hierfür ist aber eine bundes- oder landesgesetzliche Neuregelung zur Grundsteuer B erforderlich.

Nachdem das Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage zweier Bundesmodell-Länder signalisiert hat, dass eine bundesgesetzliche Änderung nicht erfolgen werde, prüft die Landesregierung aktuell das weitere Vorgehen.

3. Vor dem Hintergrund, dass die Länder Sachsen und Saarland die Steuermesszahlen angepasst haben, um einer Verschiebung im Sinne der Frage 1 entgegenzuwirken, auf welche Höhe müssten die Steuermesszahlen festgesetzt werden, um die Belastung der Familien und die Entlastung der Unternehmen wieder zurückzunehmen?

Antwort:

Dazu lässt sich derzeit keine belastbare Antwort geben, weil hierfür zunächst eine eingehende Analyse aller neuen Grundsteuer-Messbeträge erforderlich ist. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Länder Sachsen und Saarland ihre Berechnungen für abweichende Steuermesszahlen schon in den Jahren 2020 und 2021 auf einer geringen Grundlage an Echtdaten durchgeführt haben, die nach Ansicht der Landesregierung nicht als repräsentativ angesehen werden kann.

Auch wird nochmals auf die oben unter Frage 2 dargestellte Ungeeignetheit einer Steuermesszahlانpassung zur Vermeidung einer Belastungsverschiebung von Nichtwohn- zu Wohngrundstücken hingewiesen.

Taubert
Ministerin